

## Inhaltsverzeichnis

zur Niederschrift über die öffentliche 22./X. Ratsperiode Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses der Stadt Kleve am Donnerstag, dem 16.05.2019, 17.00 Uhr, im Ratssaal des Rathauses - Nr. 1.28

	<u>Seite</u>
1. Bestellung eines stellvertretenden Schriftführeres	4
2. Sachstandsbericht zur Umsetzung des Radverkehrskonzeptes	4 - 6
3. Konzept "Insektenfreundliches Kleve" - Drucksache Nr. 1072 /X. -	6 - 8
4. Sachstandsbericht zum Abwasserbeseitigungskonzept	8
5. Sachstandsbericht zur Sicherung des Hangs an der Kaskade	8
6. Sachstandsbericht Gemeinschaftsgrundschule „An den Linden“	8 - 9
7. Resolution zur Ausrufung des Klimanotstands unterstützen	9 - 10
8. Mitteilungen	
a) Aufhebungstendenz bei der Radwegbenutzungspflicht	11
b) Baumfällung Gemeinschaftsgrundschule „An den Linden“	11
c) Saatkrähen in Kleve-Kellen	11
d) Chronologie und Sachstand zum Lärmaktionsplan	12
e) Dienstpostenbesetzung eines Verkehrsplaners	12
f) Klimaschutzinformationsveranstaltung	12
9. Anfragen	
a) Fehlende Schutzeinrichtung auf der B9	12
b) Sachstand Ladeinfrastruktur Elektromobilität	12
c) Voraussetzungen für die Einrichtung einer Feinstaubmessstation	12
d) Radverkehrliche Maßnahmen auf der B9 (Uedemer Straße/Klever Ring)	13
e) Verkehrliche Maßnahmen auf der Lindenallee	13
f) Bekanntgabe des Gutachtens zur Gewässerökologie des Spoykanals	13

## N i e d e r s c h r i f t

**über die öffentliche 22./X. Ratsperiode Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses der Stadt Kleve am Donnerstag, dem 16.05.2019, 17.00 Uhr, im Ratssaal des Rathauses - Nr. 1.28**

Unter dem Vorsitz des  
Stadtverordneten Bay, Michael (Bündnis 90/ DIE GRÜNEN)  
sind anwesend die Stadtverordneten:

Boskamp, Heinz	SPD
Bucksteeg, Friedhelm	CDU
Gietemann, Josef	SPD für Loosen, Iris
Hekke, van het, Willem	SPD
Hiob, Georg	CDU
Kumbrink, Michael	SPD
Maaßen, Manfred	CDU
Merges, Fabian	UK für Janßen, Alexander
Rütter, Daniel	FDP
Schnütgen, Wiltrud	Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Schroers, Benedict	CDU
Verhoeven, Werner	CDU

Sachkundigen Bürger:

Boskamp, Maria	für Gerritzen, Christa
Dußling, Jürgen	
Koken, Detlef	
ter Meer, Hans-Jürgen	
Thomas, Gerhard	
Timpe, Alfred	
Wiegersma, Friedhelm	

Nicht anwesend:

Evers, Richard	
Gerritzen, Christa	SPD
Janßen, Alexander	UK
Loosen, Iris	

Von der Verwaltung sind anwesend:

Bürgermeisterin Northing  
Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Haas  
Technischer Beigeordneter Rauer  
Städtischer Oberverwaltungsrat van Hoof  
Städtische Verwaltungsrätin Rennecke  
Tariflich Beschäftigter Posdena  
Tariflich Beschäftigter Klockhaus  
Tariflich Beschäftigte van Koeverden  
Stadtinspektor Elsner als Schriftführer

Von den USK ist anwesend:

Ltd. städtischer Verwaltungsdirektor Koppetsch

Gäste:

Herr Boßmann-van Husen (Initiative FFF)  
sowie ein weiterer Vertreter der Initiative

Ausschussvorsitzender und StV. Bay eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Anmerkungen zur Niederschrift der letzten Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses ergeben sich nicht.

Die Tagesordnung wird um den Tagesordnungspunkt 1. "Bestellung eines stellvertretenden Schriftführers" erweitert.

Zudem werden die anwesenden Vertreter der Fridays For Future-Bewegung begrüßt. Vor dem Hintergrund, dass die unter Tagesordnungspunkt 7. zu beratende Resolution durch den Ausschuss für Bürgeranträge ohne inhaltliche Beratung an den Umwelt- und Verkehrsausschuss verwiesen wurde, kündigt Ausschussvorsitzender und StV. Bay eine Sitzungsunterbrechung zu Beginn des Tagesordnungspunktes an, damit die Vertreter von Fridays for Future den Ausschussmitgliedern die Resolution und den konkret für Kleve erarbeiteten Maßnahmenkatalog erläutern könnten.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung ergeben sich nicht.

#### 1. **Bestellung eines stellvertretenden Schriftführeres**

Ausschussvorsitzender und StV. Bay bittet um Abstimmung zur Bestellung von Stadtinspektor Thomas Elsner als stellvertretenden Schriftführer.

Die Wahl erfolgt ohne Gegenstimme und Enthaltung einstimmig.

#### 2. **Sachstandsbericht zur Umsetzung des Radverkehrskonzeptes**

Tariflich Beschäftigte van Koeverden stellt den Sachstand zur Umsetzung des Radverkehrskonzeptes anhand einer Bildschirmpräsentation vor.

Bürgermeisterin Northing weist diesbezüglich auf den Ratsbeschluss zur Gewährung eines zinslosen Gehaltsvorschusses/Arbeitgeberdarlehens zur Anschaffung eines Fahrrades (E-Bike oder konventionelles Fahrrad), Drs. Nr. 1062/X., hin.

Ausschussvorsitzender und StV. Bay bittet künftig um Übersendung von Sachstandsberichten bereits mit den Einladungsanschriften.

Bürgermeisterin Northing teilt hierzu mit, dass entsprechende Vorlagen überwiegend noch bis kurz vor Ausschusssitzungen erstellt würden. Mit dem bestehenden Personalumfang sei eine frühzeitigere Übersendung nicht darstellbar.

StV. Verhoeven teilt mit, dass er die radverkehrliche Entwicklung auf einem guten Weg sehe. Mit Ratsbeschluss vom 06.02.2019 sei der gemeinsame Antrag von CDU sowie Bündnis 90/ DIE GRÜNEN zu der Freigabe der Fußgängerzone für den Radverkehr an Sonntagen in den UVA verwiesen worden. Daher bittet er um Information, weshalb hierzu keine Erläuterung erfolgte.

Städtischer Oberverwaltungsrat van Hoof zeigt auf, dass der Auftrag zur Prüfung dem zuständigen Fachbereich erst seit 28.01.2019 bekannt gewesen sei. Die umfangreiche Einholung von Stellungnahmen Beteiligter wie auch Behörden und der GVV-

Kommunalversicherung VVaG habe erst im April 2019 abgeschlossen werden können. Zudem sei eine Zählung des Fußgängerverkehrs in der Fußgängerzone geplant. Darüber hinaus stünde noch eine Stellungnahme aus. In Folge des Sachverhaltes sei die Erstellung einer umfassenden Drucksache erst zur folgenden Ausschusssitzung möglich.

StV. Merges fragt an, wann die dargestellte Zählung erfolgen solle.

Städtischer Oberverwaltungsrat van Hoof legt dar, dass die die Zählung kurzfristig erfolgen werde.

StV. Schnütgen besteht auf Vorbereitung einer Drucksache zur nächsten Ratssitzung. Mittlerweile seien mehrere Monate vergangen und auch die GVV-Kommunalversicherung VVaG sehe keine Probleme bei einer Freigabe. Sie erwarte einen entsprechenden TOP bei der nächsten Ratssitzung und habe den Eindruck, dass der Vorgang verzögert werde. Darüber hinaus kommt StV. Schnütgen auf eine Frage aus dem letzten UVA zurück, in deren Rahmen die Fahrmöglichkeiten als Radverkehrsteilnehmer vom Bahnhof Kleve aus zur Herzogstraße geklärt werden sollten. Am Bahnhofsplatz sei eine Einbahnregelung. Daher bliebe lediglich der Umweg über die Lohengrinstraße oder entlang des Busbahnhofes.

Bürgermeisterin Northing stellt dar, dass es sich bezüglich der Öffnung der Fußgängerzone für den Radverkehr an Sonntagen um keine absichtliche Verzögerung handele, sondern eine umfangreiche Prüfung beinhalte.

Sachkundiger Bürger Koken fragt an, ob eine Unfallzahlerfassung seit der zeitlich befristeten Öffnung der Fußgängerzone erfolgen könne. Schließlich seien bereits damals erhebliche Bedenken der Kreispolizeibehörde Kleve zu einer Öffnung geäußert worden.

Bürgermeisterin Northing sowie Städtischer Oberverwaltungsrat van Hoof sagen dies zu.

Ausschussvorsitzender und StV. Bay bittet um Information, ob die GVV-Kommunalversicherung VVaG tatsächlich mittlerweile Stellung bezogen habe.

Städtischer Oberverwaltungsrat van Hoof bejaht dies und stellt erneut den zeitlichen Ablauf seit Kenntnisnahme der Verwaltung dar und bekräftigt, dass die Dauer ausschließlich der sachgerechten und ausführlichen Bearbeitung geschuldet sei.

Ausschussvorsitzender und StV. Bay bittet darum, zu einem sachlichen Ton in dieser Diskussion zurückzukehren. Er fragt an, welche Schwierigkeiten bestünden den Sachverhalt bis zur nächsten Ratssitzung vorzubereiten.

Bürgermeisterin Northing teilt mit, dass normalerweise zunächst eine Diskussion im Ausschuss erfolge. Wenn jedoch eine fachliche Beratung nicht gewünscht sei, werde eine Vorbereitung zur nächsten Ratssitzung erfolgen können.

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Haas wendet ein, dass der diesbezügliche Ratsbeschluss eine Beratung im UVA vorsehe. Daher sei es zwar nicht sinnvoll den Vorgang bis zur nächsten Ratssitzung zu beschleunigen, jedoch möglich.

StV. Gietemann erläutert, dass seines Erachtens nach Sicherheit den Vorrang vor Schnelligkeit genieße. In der nächsten Ausschusssitzung solle die fachliche Besprechung des Sachverhaltes erfolgen. Dies eröffne dem Fachbereich 32 den zeitlich erforderlichen Rahmen eine ausführliche Prüfung durchzuführen und umfassende Diskussion zu ermöglichen.

StV. Merges schlägt vor die nächste Ausschusssitzung ansonsten vorzuverlegen.

Ausschussvorsitzender und StV. Bay schlägt als Kompromiss vor, dass bis zur nächsten Sitzung des UVA eine umfassende Stellungnahme als Diskussions- und Entscheidungsgrundlage durch die Verwaltung erarbeitet werde, die alle erforderlichen Zählungen sowie die Erhebung von Unfallzahlen enthält.

StV. Kumbriak stellt dar, dass eine Verschiebung des Beginns der Bauarbeiten auf der Ringstraße vorgesehen sei. Er fragt an, ob übergangsweise Schutzmaßnahmen für den Radverkehr getroffen werden könnten.

Tariflich Beschäftigter Klockhaus bestätigt die Verlegung des Baubeginns auf der Ringstraße. Der Baubeginn sei vor Herbst/Winter 2020 möglich. Die Installation eines Provisoriums sei in Anbetracht dessen nicht sinnvoll.

Ausschussvorsitzender und StV. Bay erinnert an die Fragestellung der StV. Schnütgen zum Erreichen der Herzogstraße vom Bahnhof Kleve aus als Radverkehrsteilnehmer.

Technischer Beigeordneter Rauer antwortet, dass der Bereich des Busbahnhofs mit dem Fahrrad befahrbar sei. Hier sei lediglich der Kraftfahrzeugverkehr ausgeschlossen.

### 3. **Konzept "Insektenfreundliches Kleve"**

- Drucksache Nr. 1072 /X. -

Ausschussvorsitzender und StV. Bay leitet ein und bittet um Wortmeldungen zum Thema.

StV. van het Hekke stellt dar, dass eine Besprechung der Konzeption bereits stattgefunden habe und er diese für breit gefächert und konkret gefasst halte. Insbesondere die Förderung der Teilnahme sei ein wichtiger Aspekt aber auch die Anknüpfung und weitere Ausarbeitung. Weiterhin erachtet er die Zusammenarbeit von Bürgern, Betrieben und Landwirten als zentral und fragt an, ob bis zu der Besetzung des Postens eines Klimamanagers abgewartet werde oder eine Umsetzung des Konzeptes bereits zuvor beginne.

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Haas zeigt auf, dass bereits begonnen werden könne. Pächter seien angeschrieben worden und der Nachtragshaushalt werde dies berücksichtigen.

Ltd. städtischer Verwaltungsdirektor Koppetsch erläutert anhand von zahlreichen Beispielen, dass die USK -AÖR- bereits Wildblumenwiesen an diversen Örtlichkeiten der Stadt von z. T. bis zu 20.000 m<sup>2</sup> Flächenausdehnung (Birkenallee) angelegt habe. Weitere bereits aktivierte Handlungsoptionen beinhalten das Reduzieren von Mäharbeiten auf Wiesen auf maximal zwei bis drei Einsätze pro Jahr (Extensivierung von Pflegearbeiten insgesamt), die Einrichtung von Totholzhaufen, die Information von Bürgern durch Artikel zur Pflanzgestaltung auf der Homepage, die Anlegung von Beeten mit der Gesamtschule Kleve und die Verteilung von Nisthilfen für Insekten. Demnach erfolge bereits aktuell eine aktive Gestaltung anhand der Konzeption.

StV. Rütter stellt dar, dass die Konzeption begrüßt werde und entsprechende Maßnahmen bereits seit 2012 Unterstützung gefunden hätten. Das Konzept sei nicht nur einmalig, sondern durch konkrete Maßnahmen wie die Dachbegrünung auf Dauerhaftigkeit angelegt. Zur Dachbegrünung habe es bereits 2017 einen Haushaltsbeschluss gegeben.

Daher sei von Interesse, was diesbezüglich seither passiert sei. Zudem appelliert er an die Ausschussmitglieder, gefasste Beschlüsse mit mehr Nachdruck zu verfolgen.

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Haas erläutert, dass der Haushaltsentwurf 2020 sowie die Gebührenbedarfsrechnung hierzu einen Vorschlag enthalten würden. Es werde jedoch eingeräumt, dass durch den Vorstandswechsel zunächst ein Wegfall der Priorisierung des Sachverhalts erfolgte.

Sachkundiger Bürger Thomas weist auf eine Grünfläche im Ortsteil Reichswalde zwischen der Straße "Dorfanger" und der Kirche hin. Diese hätte derzeit keinen Nutzen.

Ltd. städtischer Verwaltungsdirektor Koppetsch zeigt auf, dass dies nicht beabsichtigt sei. Er sei dankbar für jeden Hinweis. Eine Prüfung und Aufnahme könne folgen.

Ausschussvorsitzender und StV. Bay schlägt eine Prüfung des Ausschusses zur Aufnahme der Fläche vor.

StV. Schroers schlägt vor die versiegelten Baumscheiben im Bereich des Marktplatzes Linde sowie der Hoffmannallee zu entsiegeln.

Ltd. städtischer Verwaltungsdirektor Koppetsch legt dar, dass hierüber nachgedacht wurde. Allerdings stünden die hohe Nutzungsfrequenz des Bereichs sowie die fehlende Rücksichtnahme dem entgegen.

Ausschussvorsitzender und StV. Bay weist darauf hin, dass weitere Vorschläge außerhalb des UVA unmittelbar an Herrn Ltd. städtischen Verwaltungsdirektor Koppetsch gerichtet werden sollen.

Sachkundiger Bürger Wiegersma erläutert, dass Zeit für die Entwicklung der Pflanzen wichtig sei. Ein bis zwei Schnitte im Jahr seien maximal denkbar, damit eine eigenständige und nachhaltige Reproduktion ermöglicht werde. Die Blühflächen sollten zu Gunsten des Überlebens der Insekten zudem abseits von Nachtbeleuchtung eingerichtet werden. Aus seiner Erfahrung heraus sei die Anregung zur Integration des Wissens zu diesem Thema in die schulische Unterrichtung bereits vor 40 Jahren erfolgt. Zudem mache er darauf aufmerksam, dass die Eigentumsverpflichtung des Artikel 14, Absatz 2 des Grundgesetzes auch für die Stadt Kleve gelte. Daher solle Landwirten bei Anlegung von Blühflächen auf landwirtschaftlichen Nutzflächen eine Pachtfreiheit in Aussicht gestellt werden.

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Haas stellt dar, dass die Pachthöhe im Stadtgebiet Kleve bereits deutlich unterhalb des Wettbewerbspreises liege.

StV. Verhoeven teilt mit, dass das Konzept von der CDU begrüßt werde, jedoch ein entsprechendes Hinzutun Privater erforderlich sei. Die zunehmende Verschotterung von Flächen bzw. Ausgestaltung von Steingärten zeige auf, dass ein individueller Beitrag erforderlich sei. Dafür sei Öffentlichkeitsarbeit wichtig, die auch ein Verständnis für Ruhephasen abseits der Blühzeiten schaffen müsse.

Bürgermeisterin Northing dankt für das hervorragende Ergebnis und präferiert hinsichtlich der individuellen Verantwortung eine Politik der Sensibilisierung statt des "erhobenen Zeigefingers". Freiwilligkeit solle durch die Schaffung von Bewusstsein und Aktivierung der Menschen zum Ziel führen.

Sachkundiger Bürger Thomas weist darauf hin, dass in der Konsequenz ein ungepflegtes Erscheinungsbild entstehe, wenn der Natur freier Lauf gelassen werde.

Bürgermeisterin Northing weist nochmals auf die zentrale Bedeutung der Kommunikation hin, stellt jedoch zugleich klar, dass ein verstärkt negatives Feedback zum äußeren Erscheinungsbild nicht zu vermeiden sei.

Ltd. städtischer Verwaltungsdirektor Koppetsch merkt an, dass die angesprochenen zwei bis drei Mähvorgänge pro Jahr in Bezug auf Wiesen, nicht Wildblumenwiesen aufzufassen waren. Für die Öffentlichkeitsarbeit sei zudem um ein entsprechendes Budget gebeten worden. Er prognostiziere letztlich eine Akzeptanz der Maßnahmen.

Ausschussvorsitzender und StV. Bay legt folgenden Beschlussvorschlag dar: Der Rat der Stadt Kleve beschließt, das Konzept „Insektenfreundliches Kleve“ als handlungsorientierte Grundlage bei der künftigen Stadtentwicklung Kleves zu berücksichtigen. Das Konzept ist entsprechend in der Planung zu berücksichtigen und umzusetzen. Die zukünftige Klimaschutzmanagerin/der zukünftige Klimaschutzmanager soll die Umsetzung des Konzeptes begleiten.

Dem wird einstimmig gefolgt.

#### 4. **Sachstandsbericht zum Abwasserbeseitigungskonzept**

Tariflich Beschäftigter Klockhaus stellt den Sachstand zum Abwasserbeseitigungskonzept anhand einer Bildschirmpräsentation vor.

Ausschussvorsitzender und StV. Bay bittet um Anmerkungen oder Nachfragen.

Sachkundiger Bürger Koken fragt an, ob eine Starkregensimulation vorhanden sei und Kenntnisse zur Fließrichtung des Wassers vorlägen.

Tariflich Beschäftigter Klockhaus erläutert, dass im Haushalt Starkregenkonzepte berücksichtigt würden und eine Gefahrenkarte geplant sei. Hierbei würden auch Retentionsräume und Abflüsse aufgezeigt.

#### 5. **Sachstandsbericht zur Sicherung des Hangs an der Kaskade**

Bürgermeisterin Northing stellt zunächst voran, dass es sich bei den getroffenen Maßnahmen um solche zur Begegnung einer unmittelbaren und erheblichen Gefahrenlage für Leib und Leben sowie Eigentum von bedeutendem Wert gehandelt habe.

Tariflich Beschäftigter Klockhaus stellt den Sachstand zur Sicherung des Hangs an der Kaskade anhand einer Bildschirmpräsentation vor. Wortmeldungen erfolgen danach nicht.

#### 6. **Sachstandsbericht Gemeinschaftsgrundschule „An den Linden“**

Ausschussvorsitzender und StV. Bay stellt dar, dass der Sachverhalt im Rahmen der Ratssitzung vom 15.05.2019 ausführlich besprochen worden sei. Die verständlicherweise bestehende Betroffenheit und Emotionalität Sorge jedoch dafür, dass Fakten und rationale Bewertungen nicht mehr durchdrängen.

Technischer Beigeordneter Rauer pflichtet dem bei und fasst die vorliegenden Informationen zusammen. Nachdem eine erste Messung eine Richtwertüberschreitung ergab, war dies bei einer zweiten Messung nicht der Fall. In Absprache mit der Kreisverwaltung Kleve sei eine ruhige und besonnene Prüfung erforderlich. Die getroffenen Maßnahmen beinhalteten das Lüften, Reinigen sowie Versiegeln betreffender Räume. Insgesamt seien drei Räume betroffen. Im Anschluss an diese Maßnahmen sei bereits im ersten Raum eine Reduzierung der Werte festgestellt worden. Der Wert eines mit dem Geruchssinn wahrnehmbaren Stoffes (Naphtalin) sei überschritten, wenngleich unbedenklich. Zielsetzung sei nun die Geruchsintensität abzuschwächen, da eine negative Verknüpfung zwischen den Ausgasungen und den Gesundheitsbedenken in einer emotional aufgeladenen Atmosphäre bestehe. Es sei beabsichtigt zunächst die Räume Schritt für Schritt durch Abschleifen des Parketts sowie Entfernung der Fugen und anschließendes, insgesamt viermaliges Spachteln und Versiegeln zu behandeln. Diese vier Schichten werden je Raum vier bis fünf Tage lang aufgearbeitet werden müssen. Dies erfolgt in Abstimmung mit der Schule. In der Folge werde ein kurzfristiger Erfolg bis nach den Sommerferien inklusive der Nachprüfung der Belastungswerte polyzyklischer Kohlenwasserstoffe sowie Naphtalin zu verzeichnen sein. Es handele sich um eine anerkannte Methode, die sich bewährt habe. Sollten dennoch Grenzwertüberschreitungen fortgesetzt nachweisbar sein, erfolge eine Neubewertung.

## 7. **Resolution zur Ausrufung des Klimanotstands unterstützen**

Ausschussvorsitzender und StV. Bay erläutert noch einmal die Gründe für die angekündigte Sitzungsunterbrechung und unterbricht die Sitzung des UVA um 18.38 Uhr.

Der Wiederbeginn der Ausschusssitzung erfolgt durch den Ausschussvorsitzenden und StV. Bay um 18.52 Uhr, wobei dieser um Anmerkungen zu dem zwischenzeitlich erfolgten Vortrag bittet.

StV. Rütter zeigt auf, dass die Begrifflichkeit des Notstandes eine solche aus dem Gefahrenabwehrrecht sei, weshalb er dankbar für die Darlegung konkreter Maßnahmen wäre. Er beziehe sich dabei auch auf eine mittägliche Unterredung mit den Vertretern von Fridays For Future. Er fragt an, ob der Vortrag in die beabsichtigte Ratsvorlage eingearbeitet werden könne.

Ausschussvorsitzender und StV. Bay gibt zu bedenken, dass die Begrifflichkeit des Klimanotstands im übergeordneten Sinne zutreffend sei und verweist auf die Vorlage eines konkreten Maßnahmenkataloges anhand des Vortrags durch die Vertreter von Fridays for Future.

StV. Kumbrink teilt mit, dass die SPD-Fraktion anhand der global veranschaulichenden Entwicklungen den Begriff des Klimanotstandes unterstütze. Insbesondere die Erläuterungen zur Aufforstung des Reichswaldes durch die Stadtwerke Kleve GmbH und das prognostizierte Fichtensterben innerhalb der nächsten fünf bis zehn Jahre in Folge Wassermangels sei eindringlich gewesen. Daher erfahre auch der zum zweiten Mal aufgestellte Klimaschutzfahrplan eine 100-prozentige Unterstützung.

Ausschussvorsitzender und StV. Bay stimmt dem zu und ergänzt, dass klimabedingte Veränderungen auch in Kleve eintreten würden.

Sachkundiger Bürger Thomas teilt mit, dass wir uns daran gewöhnen müssten, dass die Rotbuche verschwinden wird.

StV. Merges legt dar, dass man die Resolution außerordentlich begrüße. Er sehe das Bild des Kursänderns als Beispiel gebend, da alle an Bord zum gleichen Ziel segelten, ob gewollt oder nicht. Hingegen solle der Begriff des Notstandes nicht lediglich formal Betrachtung finden. Der Ideenreichtum der Initiatoren sei lobenswert. Er schlage die Prüfung jedes einzelnen Punktes anhand der Niederschrift vor.

Ausschussvorsitzender und StV. Bay fügt hinzu, dass bereits viele Punkte des Vortrages seit Jahren Thema sind und umgesetzt würden. Perspektivisch erachte er das vorgeschlagene Bürgerticket für den ÖPNV als finanzierbar.

StV. Verhoeven begrüßt das Engagement der jungen Menschen. Die Bewahrung der Schöpfung sei wichtig und das bereits bestehende Bewusstsein darüber werde durch millionenschwere Investitionsmaßnahmen der Stadt Kleve, wie etwa der Europa-RadBahn, aufgezeigt. Dennoch sei man gerne bereit zusätzliche Ideen zu erhalten. Eine ständige und generelle Bindung an die Klimafrage bei jedweder Entscheidung wirke jedoch zu stark. Es sollte sich vielmehr um eine Richtschnur handeln, nicht Zwang. Er bitte um Übermittlung des Maßnahmenkatalogs an alle Fraktionen im Stadtrat.

Sachkundiger Bürger Koken stellt dar, dass das Thema seine ausdrückliche Unterstützung finde. Dabei sei er froh über den bestehenden Konsens, auch von Herrn StV. Rütter. Der Maßnahmenkatalog sei die Fortführung eines in Kleve gelebten Prozesses. Beispielhaft führt er die Handhabung der Güllethematik bereits vor mehr als 30 Jahren sowie das seit geraumer Zeit bei den Stadtwerken Kleve GmbH bestehende Angebot gleich zweier ökologischer Tarife an. Allerdings reichten die bestehenden Maßnahmen nicht aus, es müsse mehr gemacht werden.

StV. Kumbrink fügt hinzu, dass eine Berücksichtigung der Klimafrage immer dann erfolgen solle, wenn sich eine Relevanz für die CO<sub>2</sub>-Bilanz ergebe. Er danke für die Schaffung eines öffentlichen Bewusstseins sowie die aufgezeigten Möglichkeiten konkreter Einzelmaßnahmen. Er verweist dabei auf das halbjährige Berichtswesen.

Ausschussvorsitzender und StV. Bay erläutert, dass der Chefökonom der GLS-Bank die Kosten für eine Tonne CO<sub>2</sub> derzeit auf 30 € beziffere, wohingegen die gleiche Menge 2030 etwa 250 € und 2040 sogar circa 400 € Kosten verursachen werde.

StV. Rütter stellt klar, dass er nicht die Notwendigkeit der Auseinandersetzung zur Thematik hinterfragt habe, jedoch eine lediglich erfolgende Symbolpolitik. Die Zeit für Symbole sei vorbei, es müsse gehandelt werden. Daher sei die Erläuterung des TOP 7 so wichtig gewesen.

StV. Kumbrink appelliert für die Einhaltung der Klimaziele und die Bemühungen hierzu.

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Haas schlägt vor, dass nachhaltige Tätigkeit zu unterstützen sei und äußert seine Dankbarkeit für die konkreten Ansätze. Zudem solle bei Entscheidungsoptionen eine Berücksichtigung der Klimafrage unter Fokussierung auf großes Einsparpotential erfolgen. Er unterbreitet folgenden Beschlussvorschlag. Der UVA unterstützt die Resolution. Der UVA beauftragt die Stadtverwaltung Kleve zur Erstellung eines Beschlussvorschlages, der eine Konkretisierung von Maßnahmen für die Stadt Kleve enthält.

Ausschussvorsitzender und StV. Bay bittet um Abstimmung, wobei der Vorschlag bei zwei Enthaltungen einstimmig angenommen wird.

## 8. Mitteilungen

### a) Aufhebungstendenz bei der Radwegbenutzungspflicht

Städtischer Oberverwaltungsrat van Hoof führt die Stellungnahme des Städte- und Gemeindegewerksverbandes NRW vom 14.02.2019 zur Aufhebungstendenz bei der Radwegbenutzungspflicht aus.

Hierzu waren verwaltungsseitig mit Schreiben vom 28.01.2019 Sicherheitsbedenken gegenüber dem Städte- und Gemeindegewerksverband NRW geäußert worden.

Die grundlegende Sachverhaltsdarstellung - nämlich eine deutliche Verringerung benutzungspflichtiger Radwege - werde im Antwortschreiben bestätigt. Zugleich werde auf die Erforderlichkeitsprüfung einer Einschränkung von Rad fahrenden hingewiesen.

Eine umfangreiche Studie der Unfallforschung der Versicherer habe anhand der Aufhebung von Benutzungspflichten keine wesentliche Veränderung des Unfallrisikos für Rad fahrende ergeben. Dies sei auf die weiter vorhandenen Radwege zurückzuführen, die fortgesetzt auch ohne eine Pflicht zur Nutzung in Anspruch genommen würden.

Allerdings sei das Fahrradfahren auf der Fahrbahn die unumstritten sicherste Variante, da sich Verkehrsvorgänge anhand besserer Sichtbeziehungen manifestierten. Im Seitenraum würden Rad fahrende demgegenüber schlechter erkannt. Das dort vorhandene Sicherheitsgefühl sei insoweit lediglich ein Anschein, dem objektive Erkenntnisse entgegenstünden.

In Folge der fortgesetzt hohen Nutzung sollten vorhandene Radverkehrsanlagen auch ohne Benutzungspflicht regelwerkskonform gestaltet werden.

Der Städte- und Gemeindegewerksverband NRW stehe zudem fortgesetzt mit „Leuchtturm“-Kommunen in Kontakt, welche die Aufhebung der Benutzungspflicht systematisch vorantreiben. Anfängliche Skepsis weiche hier positiven Erfahrungen entsprechend dargelegter Studie.

### b) Baumfällung Gemeinschaftsgrundschule „An den Linden“

Tariflich Beschäftigter Posdena führt aus, dass auf dem Schulhof zwei Bäume zur baulichen Erweiterung gefällt werden müssten. Ein Baum sei jedoch bereits tot und müsste sowieso entfernt werden.

### c) Saatkrähen in Kleve-Kellen

Tariflich Beschäftigter Posdena teilt mit, dass Vergrämußungsmaßnahmen dürfen nur unter Zustimmung der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Kleve und außerhalb der Brutzeit erfolgen dürften. Eine Liste möglicher Maßnahmen sei angefragt, eine Antwort der Kreisverwaltung Kleve noch nicht erfolgt.

Eine Vergrämußung führte allerdings zu einer Verlagerung der Kolonie und Besiedelungen anderweitiger geeigneter Bäume. Welche Bäume mit welcher Lage im Stadtgebiet durch die Kolonie zukünftig besiedelt werden, sei nicht steuerbar.

Zudem könne ein „Aufsplitten“ der Kolonie die Folge sein, so dass sich mehrere Teilkolonien bilden könnten und geeignete Horstbäume an diversen Standorten besiedelten.

Zum Aspekt der Kotunbedenklichkeit werde der Niederschrift ein Dokument angefügt.

d) Chronologie und Sachstand zum Lärmaktionsplan

Tariflich Beschäftigter Posdena erläutert, dass durch die Einführung eines neuen, europaweit einheitlichen Messverfahrens die bisher erfolgten Maßnahmen bis hin zum Lärmaktionsplan der dritten Stufe obsolet sind. Der europäische Harmonisierungsprozess führe dazu, dass die Maßnahmen von Grund auf neugestaltet werden müssten.

e) Dienstpostenbesetzung eines Verkehrsplaners

Tariflich Beschäftigter Klockhaus teilt mit, dass die Besetzung eines anhand einer Organisationsuntersuchung neu geschaffenen Dienstpostens eines Verkehrsplaners im Fachbereich 66 erfolgt sei. Herr Gerald Klemenz übe dort die Tätigkeit aus.

f) Klimaschutzinformationsveranstaltung

Städtische Verwaltungsrätin Rennecke weist auf die Einladung zu einer Klimaschutzinformationsveranstaltung für Schüler, Lehrer, Ratsmitglieder sowie Mitglieder der Verwaltung in der Stadthalle Kleve am 14.06.2019, um 15.00 Uhr, hin

## 9. Anfragen

a) Fehlende Schutzeinrichtung auf der B9

StV. Schroers bittet um Information, ob die Installation einer Schutzeinrichtung beim Jahresgespräch mit dem Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen thematisiert werden könne.

Tariflich Beschäftigter Klockhaus sagt die Anfrage im Rahmen des Jahresgespräches zu.

b) Sachstand Ladeinfrastruktur Elektromobilität

StV. Merges fragt den Sachstand an, bittet um Informationen zur Ladeleistung und ob eine Ladesäule je nur zwei Kfz bedienen könne.

Tariflich Beschäftigter Klockhaus teilt mit, dass die Umsetzung vorgestellten Standorte erfolge. Es gebe auch Schnellladesäulen. Technische Details werde er der Niederschrift beifügen.

c) Voraussetzungen für die Einrichtung einer Feinstaubmessstation

Sachkundiger Bürger Koken erinnert an eine Anfrage vom 17.05.2018 in deren Rahmen er erneut um Information bittet, welche Voraussetzungen für die Einrichtung einer Messstation erfüllt sein müssten.

Städtischer Oberverwaltungsrat van Hoof sagt eine Klärung der Rahmenbedingungen zu.

d) Radverkehrliche Maßnahmen auf der B9 (Uedemer Straße/Klever Ring)

Sachkundiger Bürger Koken fragt anhand einer Bürgereingabe an, ob die Einrichtung einer roten Fahrbahnmarkierung sowie eines Blinklichts möglich sei.

Städtischer Oberverwaltungsrat van Hoof teilt mit, dass der Sachverhalt geprüft werde.

e) Verkehrliche Maßnahmen auf der Lindenallee

Sachkundiger Bürger Koken bittet anhand einer Bürgereingabe um Information, ob die Entfernung der Linksabbiegerspur auf der Lindenallee, für die Fahrtrichtung Nassauerallee zu Gunsten der Einrichtung einer Querungshilfe an der Örtlichkeit möglich sei.

Städtischer Oberverwaltungsrat van Hoof sagt eine Prüfung zu.

f) Bekanntgabe des Gutachtens zur Gewässerökologie des Spoykanals

StV. Verhoeven bittet um Information, wann das am 28.06.2018 zugesagte Gutachten zur Gewässerökologie des Spoykanals bekanntgegeben werde.

Tariflich Beschäftigter Klockhaus erläutert, dass das Gesamtkonzept erst nach Datenzugang durch das LANUV dargestellt werden könne. Ergebnisse seien frühestens im März 2020 zu erwarten.

Ende der Sitzung: 19.31 Uhr

(Bay)  
Vorsitzender

(Elsner)  
Schriftführer